

Begrüßungsansprache von Ministerpräsident Ernst Albrecht im Wortlaut:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle im Namen der Niedersächsischen Landesregierung recht herzlich begrüßen. Mein Dank gilt zunächst den Wissenschaftlern, die bereit waren, mit uns dieses Symposium zu bestreiten und bereits vorher Stellungnahmen für die Landesregierung zu erstellen. Ein besonders herzliches Wort des Dankes gilt Ihnen, Herr von Weizsäcker, daß Sie die nicht leichte Aufgabe übernommen haben, den Vorsitz zu führen. Ich weiß, welche Arbeitsbelastung das für Sie bedeutet. Denn es geht nicht nur um diese sechs Tage, sondern auch um die Vorbereitung und um die Auswertung dieses Hearings.

Ein Wort des Dankes geht auch an die Europäische Kommission in Brüssel, die uns mit Dolmetschern und mit der Technik unterstützt.

Meine Damen und Herren, worum geht es? Die Bundesregierung hat das Konzept eines integrierten nuklearen Entsorgungszentrums ausgearbeitet. Über dieses Zentrum müssen wir in diesen Tagen sprechen. Die Bundesregierung und die DWK haben die dafür erforderlichen Genehmigungsanträge vor etwa zwei Jahren eingereicht. Die Niedersächsische Landesregierung ist Genehmigungsbehörde. Das ist unser Problem, und deshalb sind wir heute hier.

Die Unternehmen und die Antragsteller haben dann im Mai 1977 den Sicherheitsbericht vorgelegt. Die Reaktorsicherheitskommission und die Strahlenschutzkommission haben gutachterlich dazu Stellung genommen und sind zu dem Schluß gekommen, daß ein solches Entsorgungszentrum prinzipiell realisiert werden kann. Die Niedersächsische Landesregierung hat gesagt, daß sie zu ihrer ersten, fundamentalen Meinungsbildung in diesen Fragen gern Gutachten von Wissenschaftlern hätte, die der Kernenergie kritisch gegenüberstehen. Unsere Grundidee war, daß wir auf diese Weise die heikelsten Punkte am besten herausfinden können und daß wir dann bei Rede und Gegenrede zwischen Wissenschaftlern versuchen könnten, herauszufinden, wo die Wahrheit liegt. Aber jeder weiß, daß es manchmal nicht ganz einfach ist, die Wahrheit zu finden und für



eine Landesregierung ist es in einer solchen Situation besonders schwierig.

Dieses Symposium, das wir heute bestreiten, findet außerhalb des deutschen atomrechtlichen Verfahrens statt. Es ist gewissermaßen noch eine Vorphase des atomrechtlichen Verfahrens.

Ich möchte zum besseren Verständnis und weil es vielleicht unsere Gespräche erleichtern kann, einige Bemerkungen vorweg machen. Es geht in diesen Tagen nicht um energiepolitische Entscheidungen. Dies sind Entscheidungen, die nicht die Niedersächsische Landesregierung, sondern der Deutsche Bundestag und die heutige Bundesregierung zu treffen haben. Es geht also nicht um die Frage des Energiebedarfs und der Einsparungsmöglichkeiten, nicht um die Frage, ob wir Kernenergie brauchen oder nicht und wieviel Kernenergie man eventuell benötigt. Es geht auch nicht um die Frage der Sicherheit von Kernenergieanlagen im allgemeinen, insbesondere der Sicherheit von Kernkraftwerken. Das ist eine Diskussion, die sich seit Jahren nicht nur in unserem Land, sondern in der ganzen Welt vollzieht und in der nahezu alles, was gesagt werden kann, wohl schon gesagt worden ist. Nein, es geht uns - und das ist groß genug als Problem für ein solches Symposium - ausschließlich um die Fragen der Sicherheit eines integrierten Entsorgungszentrums, so wie es konzipiert worden ist. Wenn wir von Sicherheit sprechen, dann meinen wir die Sicherheit für die Menschen. Der Landesregierung liegt daran, absolut sicher zu sein, daß Menschen, die in der Umgebung einer solchen Anlage leben oder auch in einer solchen Anlage arbeiten, nicht zu Schaden kommen.

Ich will hinzufügen, daß das nicht ausschließt - Sie werden das unserem Zeitplan entnommen haben -, daß wir heute vormittag zunächst eine allgemeine Diskussion führen, ehe wir in die besonderen Probleme dieser Entsorgungsanlage eintreten. Aber ich wäre doch dankbar, wenn wir diese fundamentale Zielsetzung des Symposiums im Auge behalten könnten.



Eine letzte Bemerkung dazu: Es geht auch nicht um den Standort Gorleben. Es geht wohl um die Frage, ob Salzstöcke überhaupt unter gewissen Bedingungen für die Einlagerung von radioaktivem Müll geeignet sind. Aber es geht nicht um die Frage, ob dieser Salzstock Gorleben dafür geeignet ist. Das ist eine langfristige Untersuchung, die wir auch weitgehend empirisch durchführen müssen, beispielsweise durch Bohrungen und mit anderen Mitteln durchführen müssen.

Ich hätte noch eine herzliche Bitte an die Teilnehmer dieses Symposions und an das Auditorium. Wir alle wissen, daß dies ein wissenschaftliches Gespräch ist. Das heißt, es muß, so wie wir Wissenschaft in unseren Ländern verstehen, offen, problembewußt, undogmatisch, ohne Parteilichkeit geführt werden. Es ist nach meinem Verständnis nicht so, daß wir etwa zwei Fußballmannschaften hätten, die hier gegeneinander spielen als Mannschaften, sondern jeder verantwortet als Wissenschaftler das, was er denkt und was er sagt, und es sollte hier keine Fraktionen geben.

Sie werden gesehen haben, daß wir quasi Öffentlichkeit hergestellt haben, wenn auch nicht Tausende von Menschen in diesem Raum sein können. Wir haben noch einen Nebenraum, in den das Gespräch übertragen wird. Wir haben uns das sorgfältig überlegt, ob Öffentlichkeit, wieviel Öffentlichkeit, und wir haben zum Schluß praktisch die volle Öffentlichkeit hergestellt. Wir waren uns sehr wohl bewußt, daß das Risiken beinhaltet, zum Beispiel das Risiko, daß Fensterreden gehalten werden, oder das Risiko einer gewissen Politisierung. Wir sind trotzdem zu diesem Entschluß gekommen. Denn wir wollten mit diesem Symposium gern zweierlei erreichen: Zum einen soll für jedermann deutlich werden, mit welcher Ernsthaftigkeit die Argumente pro und contra in diesem Entscheidungsfindungsprozeß abgewogen werden, zum anderen soll jeder Bürger wissen, daß es hier nichts zu verheimlichen gibt und daß hier nichts hinter verschlossenen Türen abgehandelt werden muß.

Natürlich ist das etwas Neues. Es ist in unserem atomrechtlichen Verfahren nicht vorgesehen. Das, was wir zusammen wagen, ist also ein Experiment. Ich bin sicher, daß mit Ihrer Kooperation dieses Experiment positiv ausgehen kann. Dann hätte es vielleicht auch eine Wirkung für die Zukunft.

Trotz der gegebenen Öffentlichkeit darf ich daran erinnern, daß die Entscheidung - so wie unsere Rechtslage ist - nun einmal durch die Landesregierung zu treffen ist. Mit anderen Worten: Nicht das publikumswirksame Argument ist das ausschlaggebende, sondern das überzeugende Argument. Ich bin sicher, daß Sie das auch berücksichtigen werden.

Ich habe eine herzliche Bitte an die zahlreichen Gäste, die wir eingeladen haben, und insbesondere an diejenigen, die hier mit im Raum sind. Es ließe sich mit dem Charakter des Gespräches nicht vereinbaren, wenn aus dem Publikum heraus Beifallsäußerungen oder Mißfallensäußerungen kämen. Dann würden wir den wissenschaftlichen Charakter des Gesprächs stören.

Schließlich eine letzte Bemerkung. Ich wäre den Wissenschaftlern dankbar, wenn nach Möglichkeit auch komplexe Sachverhalte jeweils so erklärt würden, daß wir sie verstehen können. Wir sind Laien. Ich bitte auch um Nachsicht, wenn meine Kollegen und ich uns mit Fragen einschalten, wenn wir etwas nicht begriffen haben. Wenn wir die politische Verantwortung im Genehmigungsverfahren werden tragen müssen, dann ist es wichtig, daß wir begreifen, worum es geht.